Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1921

245 (5.9.1921) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 6.— Mk., in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.50 Mk., auswärts durch unsere Agenturen bezogen 6.— Mk. monatlich durch den Briefträgerfreiins Haus gebracht monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum a) lokal 1.40 Mk. b) auswärts 1.60 Mk. Reklamezeile 5.— Mk., an erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme bis 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 u. 297. Schriftleitung 20 u. 894 Hauptschriftleiter Nr. 19.

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Mode und Heim" / „Die Scholle

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho Für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon Zentrum 423 Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 245. — **Montag, den 5. September 1921** — Erstes Blatt.

Die Erhöhung der Haus- und Mietsteuer.

Ein Vortrag zur Nachtragsvorlage von Dr. Sauter, Freiburg.

Die Not hat heute nicht nur den Einzelhaushalt, sondern auch den Haushalt des Staates und der Städte ergriffen. Niemand kann mehr richtig berechnen, ob und wie er mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldmitteln auskommen wird. Die Gründe hierfür sind nicht lediglich im Knapperwerden der Vorräte, sondern auch in der Aenderung der Währung zu suchen. Die Papiergeldwirtschaft bedeutet nicht nur eine Verschlechterung des Geldwertes, sondern eine ständige Unsicherheit über den tatsächlichen Wert der Geldeinheit. Wenn nun dieser sich in ganz unbestimmter Weise verändert und immer mehr sinkt, so ist es nicht zu verwundern, wenn die Einnahmen auch im Gemeindehaushalt sich immer wieder als ungenügend erweisen.

An die Gemeinden werden heute besondere Anforderungen gestellt. Es darf hier auf die Erwerbslosenfürsorge und vor allem auf den Bau neuer Wohnungen, deren Notwendigkeit außer Zweifel steht, hingewiesen werden.

Das Reich hat das Recht der Besteuerung an sich gezogen, so daß den Städten die Hauptsteuerquellen verloren gingen. Es muß allerdings einen entsprechenden Betrag den Ländern bezw. den Gemeinden wieder überlassen, was aber gewöhnlich vergessen wird. Unter diesen Umständen mag es begreiflich erscheinen, daß die Städte, wenn ihnen die Mittel knapp werden, alles versuchen, um sich eigene Steuerquellen zu verschaffen. Man denke nur an den Versuch, die vom Reich als steuerfrei bezw. nicht besteuerbar bezeichneten Teile des Einkommens zu besteuern. Der Sturm der Entrüstung, der sich hiergegen erhob, vermochte nicht davon abzuhalten, daß viele Städte eine solche Steuer beschlossen. Erst als das Reich die Erhebung einer solchen Steuer für unzulässig erklärt, ist sie in der Versenkung verschwunden.

Gewiß, nicht leichten Herzens hat sich der Stadtrat Freiburg entschlossen, dem Bürgerausschuß eine Vorlage zu überreichen, in der er eine Erhöhung der schon oft erhöhten, auf dem Grundbesitz, d. h. vor allem dem Hausbesitz ruhenden Umlagen für das laufende Jahr nachsucht. Er verlangte eine solche Nacherhöhung auch für das vergangene Jahr, obwohl seinerzeit eine Nacherhebung der Wertzuwachssteuer, die bei 100 Proz. Gewinn nur 7½ Proz. vom Gewinn betrug, vom Stadtrat nicht durchgesetzt worden ist. Diese Steuer wurde seinerzeit auf Veranlassung des Vorstandes des Mietervereins auf die gesetzliche Höchstgrenze von etwa 15 Proz. vom Gewinn, sofern dieser 100 Proz. beträgt, gebracht.

Was die Besteuerung der Mieter zur Schaffung von Mitteln für Wohnzwecke betrifft, so haben wir entgegen den Anträgen des Deutschen Mieterbundes bereits jetzt ein Reichsgesetz, das eine Besteuerung bis zu 10 Proz. der Miete vorsieht. Wir müssen leider damit rechnen, daß dieses Gesetz in absehbarer Zeit zur Durchführung gelangt. (Nach einer Gesetzesvorlage der badischen Regierung soll statt 10 Prozent von der Miete 1 Proz. vom Geländesteuerwert erhoben werden. Dies käme nach einer Berechnung der Hausbesitzer einer 20proz. Belastung der Miete gleich.)

Die Nachtragsumlage trifft nun zwar die Mieter nicht unmittelbar. Sie wird den Hausbesitzern auferlegt, allein weder diese, noch der Stadtrat denken daran, daß die Steuer tatsächlich vom Hausbesitz getragen wird, und es kann in der Tat zweifelhaft sein, ob es gerecht wäre, dem Hausbesitzer ganz allgemein noch höhere Lasten aufzuerlegen. Man rechnet vielmehr damit, daß das Mieteinigungsamt dem Hausbesitzer die Steuer wieder abnimmt. Diese Ueberwälzung wird mit dem Grundsatz gerechtfertigt, die Umlage auf dem Grundbesitz sei eine Objektsteuer. Sie sei daher abwälzbar.

Die Bodenreformer haben mit ihrem Führer Damaschke die umgekehrte Folgerung gezogen und behaupten, eine Grundsteuer sei nicht abwälzbar. Wir wollen nicht entscheiden, ob sie bei freier Preisbildung abwälzbar wäre; wir werden uns aber fragen dürfen, ob es unbedingt so sein müßte und ob man eine Objektsteuer wirklich nur zu dem Zwecke festsetzen kann, daß der Besitzer des Objektes sie abwälzt. Weiter dürfen wir fragen: Ist es rechtlich zulässig ist, nachdem das Reich eine Mietssteuer festgesetzt hat, daß die Städte auf dem Umweg über die Hausbesitzer außer der direkten nochmals eine indirekte Mietssteuer erheben? Wenn sie dies nicht wollen, so dürfen sie auch den Hausbesitzer nicht jetzt allgemein höher besteuern, zumal er ohnedies schon erheblich mehr Steuern zahlt wie ein anderer von einem gleich großen Kapital.

Gewiß wäre manche von den vielen Millionen, die die Hausbesitzer in den beiden letzten Jahren für ihre Häuser erhalten haben, für Steuerzwecke noch verfügbar zu machen, die Kapitalien der neuen Besitzer zumeist nicht minder, schließlich auch diejenigen, die die Mieten jetzt schon unverhältnismäßig erhöht haben. (Aber alle andern Hausbesitzer darunter leiden zu lassen, wäre wohl nicht gerecht.) Auch könnte das Reich viele hunderte von Millionen aus den produktiven Goldwerten in Stadt und Land bei richtigem Zugreifen herausholen und einen großen Teil hiervon für den Wiederaufbau, insbesondere auch für den Neubau von Wohnungen, verwenden. Die lediglich Wohnzwecken dienenden Häuser können nicht gut ohne weiteres als produktiv angesehen werden. Sie bilden vielmehr einen der wichtigsten Teile des lebensnotwendigen Verbrauchs. Ehe man diesen noch stärker erfaßt, muß man nachweisen, daß andere Wege nicht möglich sind.

Irland fordert erneut Unabhängigkeit.

Irland lehnt die englischen Friedensvorschläge ab.

t **London**, 4. Sept. Reuter meldet amtlich: Die irische Antwort ist heute Abend bekanntgegeben worden. Sie erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne, sondern das Recht in Anspruch nehme, selbst zu wählen und sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich in überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß mehr als einmal bestätigt. Die Iren lehnen die ihnen am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf diesem englischen Standpunkt beruhen, unwiderruflich ab.

*

London, 5. Sept. Entgegen der Erklärung der Behörden, wonach in Belfast die Ruhe vollständig wiederhergestellt sei, kommen von dort Nachrichten über neue Unruhen. Bewaffnete Leute griffen mitten in der Stadt Spaziergänger an. Während der Nacht wurde eine Bombe in ein Haus geworfen, wodurch mehrere Personen verwundet wurden; das Haus wurde teilweise zerstört. — In allen Stadtvierteln von Belfast wurde die Nacht über geschossen.

Eröffnung der Völkerbundsversammlung

Genf, 4. Sept. Morgen um 11 Uhr vormittags beginnt die zweite Völkerbundsversammlung. Die meisten Delegierten sind bereits in Genf angelangt. Einige Delegationen weilen hier schon seit einer Woche wegen der oberschlesischen Frage. Die Stimmung in Genf ist nicht so festlich wie im letzten Jahr. Der Reiz der Neuheit fehlt, die Teilnahme des Genfer Publikums ist verhältnismäßig gering. 47 Staaten sind angemeldet.

Das „Journal de Geneve" begrüßte in einem Leitartikel die Völkerbundsversammlung und sagt darin u. a.: Die letzte Jahresversammlung sei vor allem von dem deutschen Problem beherrscht gewesen. Man rechne damit, daß die diesjährige Versammlung diese Frage in ihrem ganzen Umfange behandeln werde. Aber die Ereignisse hätten sich in anderer Richtung entwickelt und die Anhänger der Universalität des Völkerbundes und die Deutschfreunde müssen sich noch gedulden, denn die deutsche Regierung will abwarten, bis der Völkerbund über Oberschlesien entschieden hat und möchte auch Ellenbogenfreiheit den Vereinigten Staaten gegenüber bewahren. Außerdem weiß die deutsche Regierung, daß die Vorsicht, die sie gegenwärtig zeigt, ihr nur nützlich und nur die Sympathie verstärken kann, die sie bereits im Völkerbunde besitzt.

Frankreich und die Leipziger Urteile.

Paris, 4. Sept. Der französische Justizminister Bonnevay hielt bei der Ueberreichung des Kriegskreuzes an das Dorf Romany eine Rede, in der er zu den Prozessen vor dem Reichsgericht in Leipzig, insbesondere zu den Prozessen gegen den General Steuger und Major Crusius erklärte, Frankreich habe jetzt kein Interesse mehr an dem, was in Leipzig beschlossen werde. Aber es werde die Suche nach den Schuldigen nicht aufgeben. Es werde nicht fremden oder internationalen Gerichtshöfen die Aufgabe, zu richten, anvertrauen. Es gäbe Richter in Frankreich. Der Richter für Verbrechen, die durch Militärpersonen begangen wurden, sei das Kriegsgericht. Die in Romany begangenen Verbrechen werden vor dieses Gericht gebracht werden.

*

Die Ausführungen des französischen Kriegsministers lassen den Schluß zu, daß Frankreich noch nicht den Plan aufgegeben hat, die Auslieferung der Kriegsbeschuldigten zu verlangen. Im geeigneten Augenblick wird Frankreich diese Forderung wieder erheben. In England erkennt man die Leipziger Urteile als durchaus gerecht an.

Rückkehr zur Vernunft in Bulgarien.

Paris, 4. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Sofia hat das bulgarische Parlament nach stürmischer Debatte die Aufhebung des Artikels 4 des Gesetzes über die Verurteilung der für die Katastrophe Verantwortlichen beschlossen. Es werden infolgedessen keine neuen Verfahren mehr eingeleitet werden. Indessen sei ein Resolution angenommen worden, welche besage, daß die gegenwärtig laufenden Verfahren so rasch wie möglich liquidiert werden sollen.

*

Teilweise aus eigener Leidenschaftlichkeit, teilweise unter dem Druck der französischen Militärherrschaft in Sofia hat das bulgarische Parlament nach dem Umsturz ein Gesetz angenommen, das die Bestrafung der bulgarischen Staatsmänner und Politiker, die im Weltkrieg zu Deutschland standen, forderte. Nun ist die Einsicht wiedergekehrt, das Gesetz ist aufgehoben.

Drohungen Dr. Wirths gegen rechts.

Berlin, 5. Sept. In einer Berliner Zentrumsversammlung hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er zu den Verleumdungen Erzbergers Stellung nahm. Weiter erklärte er, er hoffe für diese Woche auf eine freundschaftliche Einigung mit der bayerischen Regierung. Dr. Wirth betonte die Notwendigkeit, die Republik gegen Angriffe von rechts zu schützen und sagte laut „Berliner Montagspost": Wir brauchen ein Gesetz — und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unserer Bürger, die im politischen Kampf stehen, schützt, wie es in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Weiterhin würdigte er die Verdienste Walther Rathenaus und schloß, daß Deutschland nur auf demokratischer Grundlage gesunden könne. Von dieser Politik werde er nicht einen Schritt abweichen. Er sei bereit, gegen die Reaktion alle rechtlichen Machtmittel anzuwenden.

Nach einer Würdigung der Steuererklärung Erzbergers richtete der Reichskanzler scharfe Angriffe gegen das Großkapital. Dieses habe die Zahlung der Goldmilliarde sehr erschwert. Es habe nicht aus Patriotismus, sondern aus Egoismus und Gewinnsucht gehandelt, weil es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte.

Stresemann gegen einen Block der Rechten.

Magdeburg, 5. Sept. In einer Rede auf der Wahlkreiskonferenz Magdeburg—Anhalt der Deutschen Volkspartei erklärte der Abg. Dr. Stresemann, es sei notwendig, daß die Ausprägung der Banknoten nicht mehr ohne die Genehmigung des Reichstages vor sich gehen darf. Von der Regierung verlange die Partei die unparteiische Anwendung des Ausnahmezustandes und die Herstellung geordneter Verhältnisse gegenüber den Willkürakten der linksradikalen Parteien. Redner wandte sich gegen den Gedanken eines Blocks der Rechten, dem eine Linksmehrheit in den meisten Ländern gegenüberstehen werde, die durch die Spaltung des Volkes in zwei Teile zu einer dauernden Erscheinung werden würde. Es sei nichts anderes als eine Kompromißpolitik möglich.

Blutige Zusammenstöße in Koburg.

Koburg, 3. Sept. Auf dem Schloßplatz fand eine von den sozialistischen Parteien einberufene Versammlung als Kundgebung für die Republik und als Protest gegen Erzbergers Ermordung statt. Nach Reden der Führer beider Parteien hörte man in den Straßen Schüsse und Handgranaten-Detonationen. Es kam zu Zusammenstößen mit der grünen Landespolizei. Die Straßen waren mit Drahtverhau gesperrt worden. 12 Personen aus dem Publikum sind durch Schüsse und Handgranaten verletzt worden, darunter ein Mann schwer. Eine Anzahl Schaufenster und Wohnungsfenster sind durch Gewehrschüsse und Handgranaten zertrümmert worden. Ein Polizeibeamter wurde durch Stockschläge erheblich verletzt. Die Versammlung war behördlich genehmigt, der Demonstrationszug jedoch von dem Stadtkommandanten verboten worden.

*

Urteile des Kriegsgerichts Lille gegen deutsche Militärs.

Lille, 5. Sept. Das Kriegsgericht von Lille hat folgende Urteile gefällt:

20 Jahre Zwangsarbeit erhielt der Kommandant Krugnadde von der 24. sächsischen Infanterie-Division; Leutnant Ritter von den 18er Ulanen wegen angeblicher Mißhandlung des Bürgermeisters Kaff von Landesard; außerdem erhielt Leutnant Ligner wegen angeblichen Plünderns einer Villa in Carvis 20 Jahre Zwangsarbeit; der Militärpolizeirat Buchholz 12 Jahre Zwangsarbeit und ein Polizeiverwalter von Maubeuge 2 Jahre Zwangsarbeit; desgleichen wurden mehrere Unteroffiziere wegen angeblichen Diebstahls verurteilt.

Helfferich über die deutschen Finanzen.

Am dritten und letzten Verhandlungstag des Deutschnationalen Parteitags in München berichtete Staatsminister Dr. Helfferich über die Lage der deutschen Finanzen. Er führte u. a. aus: In der finanziellen Lage spiegle sich unser ganzes Elend. Die stete Lohnerhöhung sei nur ein fortgesetzter Antrieb zur weiteren Preiserhöhung. Es sei eine Wahnsinnsidee, die Schäden solchen Krieges einem einzigen Volke aufzuerlegen. Durch den Goldhunger der Franzosen drohe Deutschland zu Grunde zu gehen. Die neuen Steuern seien eine Last, wie sie noch nie einem Volke zugemutet wurden. Die Sozialdemokratie behaupte, die breite Masse habe alle Kosten zu tragen. Dabei seien durch das Notopfer die großen Vermögen bis zu 60 Prozent eingezogen worden. Die Einkommensteuer steige bis zu 60 Prozent an und die Erbschaftssteuer bis zu 70 Proz. Dazu komme die Geldentwertung, die für viele Besitzende eine Vermögenskonfiskation von mehr als 90 Proz. bedeute. Die gewissenhafte Deklaration und Entrichtung der Steuern sei eine staatsbürgerliche Ehrenpflicht. Unser Volk dürfe aber nicht durch steuerliche Maßnahmen ohne Sinn und Verstand zu Tode mißhandelt werden.

Ein Ausbau der Zuwachsbesteuerung sei nur diskutierbar, wenn sie der Geldentwertung Rechnung trage. Wenn jede Lohnsteigerung als Nachkriegsgewinn einer besonderen Steuer unterworfen werde, so würde man das für verrückt erklären. Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert sei ein Eingriff in die Vermögenssubstanz. Dr. Helfferich sprach dann von der Zwangshypothek. Das Reichskabinett habe nicht den Mut gefunden, diesen Kram klipp und klar abzulehnen. Die Sozialdemokratie mache Propaganda dafür. Die bloße Ankündigung der neuen Steuern habe zu einer neuen Verteuerung, zu neuen Lohn- und Gehaltsansprüchen geführt. Trotz aller Steuern bleibe das Ultimatum unerfüllbar. Der Rückgang des Markkurses sei bezeichnend. Rathenau werde eine deutsch-französische Reparationsgesellschaft einsetzen. Viel Freude werden wir daran nicht haben. Wir lehnen es ab, Wege zur Erfüllung des Ultimatums zu zeigen, denn es ist unannehmbar. Wir weigern uns, daß letzte Glied in der Kette zu schließen, die das deutsche Volk zu Sklaven machen soll. Mit dieser Weigerung verbinden wir den Aufruf zur Arbeit und der Revision der Versailler Bedingungen. Wir wissen, daß wir zwar ohnmächtig sind, daß aber Deutschlands Zusammenbruch die ganze Welt mit sich reißen wird. Ich werde mich nicht irre machen lassen durch Drohung und Verleumdung. Wir leben trotz Verfassung und Friedensschluß in Revolution und Krieg.

Geheimnisvolle Drohungen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 5. Sept. „Wir warnen Kahr-Bayern!" Unter dieser vielsagenden Ueberschrift bringt der „Vorwärts" an leitender Stelle und in auffälliger Aufmachung eine offensichtlich parteioffiziöse Ankündigung, die besagt:

„Das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung hat die Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranlaßt, Schritte zu unternehmen, die im Falle einer weiteren Sabotage der Anordnungen des Reiches verwirklicht werden können. Die bayerische Regierung soll sich über den Ernst der Situation nicht täuschen, zumal die Arbeiterschaft und insbesondere die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reichseinheit zu schützen und den Maßnahmen der Reichsregierung Nachdruck zu verleihen. Wir glauben richtig informiert zu sein, wenn wir darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen zur Verwirklichung dieser Schritte bereits getroffen sind."

Das ist reichlich geheimnisvoll und kann verschiedenes bedeuten. Es ist immerhin möglich, daß die Selbständigkeitsregungen, die sich in den letzten Tagen unter der Arbeiterschaft besonders in Franken gezeigt haben, schon beträchtlich weiter gediehen sind, als man bisher angenommen hat, und daß, falls die Regierung Kahr wider Erwarten nicht einlenken sollte, durch die Drohung mit einem Abfall Frankens vom übrigen Bayern und seinem unmittelbaren Anschluß an das Reich ein Druck auf München ausgeübt werden soll. Vielleicht soll die seltsame Notiz auch besagen, daß für Bayern erneut eine Gefahr droht, von der in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den bayerischen Absperrungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung wiederholt die Rede war, die Gefahr nämlich, daß die großen Bergarbeiterverbände mit der Lieferung von Kohle an Bayern Schwierigkeiten machen werden.

Wiedererscheinen der Halleschen Zeitung.

Halle, 4. Sept. Der „Halleschen Zeitung" ist auf ihre Vorstellung beim Minister des Innern die Genehmigung auf Wiedererscheinen erteilt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Philipinen.

Von Günther Thomas.

Auf der von Präsident Harding für den November einberufenen Abrüstungskonferenz in Washington steht als Vorbedingung des Gelingens ein Einverständnis der Vereinigten Staaten, Englands und Japans über die künftige Gestaltung der Dinge im Stillen Ozean im Vordergrund. Amerika hat von jeher reges handelspolitisches Interesse an Ostasien genommen. Es sei nur daran erinnert, daß es ein amerikanisches Geschwader war, das etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Japan zwang, überhaupt Fremde ins Land zu lassen. Durch jene Tat der Amerikaner wurde sehr wider den Willen der Japaner die Periode der nationalen Wiedergeburt und eines gewaltigen nationalen Aufschwungs für Japan eingeleitet. Mit Erwerb der Hawai-Inseln Anfang der 90er Jahre betonten die Vereinigten Staaten ihren Entschluß, sich an der Erschließung Ostasiens aktiv zu beteiligen. Nebenbei sei bemerkt, daß sich darin wie in anderen Ereignissen der ausgeprägte Zug der Amerikaner zum Imperialismus, zum Landerwerb und zur Unterwerfung fremder Völker offenkundig von neuem dartat — trotz aller schönen Reden vom Gegenteil. Es folgte der ebenfalls aus rein imperialistischen Gründen begonnene Krieg gegen Spanien im Jahre 1898. Als dessen Frucht erwarben die Vereinigten Staaten das Protektorat über Cuba und den Besitz von Portorico und der Philipinen. Trotz jahrhundertelangen Besitzes waren die Spanier nie imstande gewesen, die verschiedenen eingeborenen Stämme dieser teilweise sehr gebirgigen, zerklüfteten und wilden Inseln ihrer Herrschaft zu unterwerfen, die sich eigentlich nur auf Manilla und einige andere Hafenorte beschränkte. Infolgedessen hatten auch die Amerikaner über ein Jahrzehnt lang harte und schwere Kämpfe zu bestehen, bis es ihnen gelang, einigermaßen Ordnung zu schaffen. Ihre ersten Zusammenstöße erfolgten mit den Filipinos unter Aguinaldo, der bei der Belagerung von Manilla ihr Bundesgenosse gegen die Spanier gewesen war und den Versprechungen der Amerikaner getraut hatte, den Philipinen Selbständigkeit zu verleihen. Denn natürlich hatten die Amerikaner in die ganze Welt hinaustrompetet, daß sie den Krieg gegen Spanien nicht als Eroberungskrieg, sondern nur als einen Kampf für die höchsten Interessen des Christentums, der Menschheit und der Zivilisation unternommen hätten. Neben den Filipinos bilden die Moros einen der stärksten und wildesten Eingeborenenstämme auf der Insel Luzon, die ebenso wie vor ihnen die Filipinos in langjährigen Kämpfen unter Anwendung der grausamsten Mittel nahezu aufgerieben wurden — natürlich auch nur zur höheren Ehre des Christentums, der Menschlichkeit und der Zivilisation.

Die landhungrigen Japaner hatten längst ein Auge auf die ihnen so nahe gelegenen Philipinen geworfen und gehofft, dereinst das Erbe der Spanier antreten zu können. Daß ihnen die Amerikaner die Beute vor der Nase wegschnappten, blieb seitdem ein Pfahl in ihrem Fleische. Seit jener Zeit nahm auch der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ständig an Schärfe zu. Wenn sich Streitigkeiten zwischen beiden Ländern über die Behandlung japanischer Einwanderer im Westen Amerikas, namentlich in Californien, immer wieder von neuem erhoben, so kann man darin vielmehr ein Symptom als die eigentliche Krankheitsursache erblicken, die eben in dem amerikanischen Besitz Honolulus und der Philipinen besteht. Nun aber hatten, wie gesagt, die Amerikaner und der Präsident McKinley bei Uebernahme der Philipinen den Eingeborenen etwas großspurig die baldige Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, ohne das freilich allzu ernst zu nehmen. Immerhin gab es damals wenigstens in Amerika eine ziemlich starke Partei, die die besten Elemente der beiden großen politischen Parteien vereinigte, die Anti-Imperialisten, zu denen z. B. Karl Schurz gehörte. Diese bekämpften den Besitz fremder Länder und die Unterwerfung fremder Völker als unamerikanisch. Und daher wurde immer von neuem von den jeweiligen Präsidenten McKinley, Roosevelt und Taft, die Erfüllung jenes Versprechens in Aussicht gestellt, worauf die Philipiner freilich 22 Jahre lang umsonst gewartet haben. Im Hinblick auf die Lage im Stillen Ozean, auf das Verhältnis zu Japan und auf die Konferenz in Washington ist die Philipinen-Frage neuerdings in den Vereinigten Staaten wieder akut geworden und Präsident Harding hat sich veranlaßt gesehen, um die Gemüter zu beruhigen, zwei Männer zum Studium der Verhältnisse dorthin zu entsenden: den General Wood, der bereits unter Roosevelt und Taft eine Reihe von Jahren Generalgouverneur der Philipinen gewesen ist, und Cameron Forbes. Diese beiden sollen abermals untersuchen, ob oder wann überhaupt es angebracht erscheinen könnte, den Filipinos auf Manila eine Art von Selbständigkeit oder wenigens Selbstverwaltung zu gewähren. Daß die Amerikaner jemals die Inseln fahren lassen und ihre Herrschaft dort vollständig aufgeben würden, wird trotz aller gegenteiligen Versicherungen niemand glauben, der die Amerikaner einigermaßen kennt. Mit gleicher Sicherheit kann man voraussagen, daß der Bericht der genannten beiden Herren ebenso lauten wird, wie der aller früheren Untersuchungskommissionen, daß nämlich die Filipinos zu weitgehender Selbstverwaltung noch immer nicht geeignet sind, und die wilden Moros noch viel weniger. Man wird aber eine gewisse Schein-Selbstverwaltung bewilligen, um der übrigen Welt Sand in die Augen streuen und stolz darauf hinweisen zu können, wie selbstlos die edlen Amerikaner sind. Die Japaner freilich werden sich durch solche Manöver nicht irre machen lassen, aber stillschweigen, denn deren Methoden in Korea und Formosa stehen den amerikanischen in keiner Hinsicht nach. Der Besitz der Philipinen ist aber heute von handelspolitischen, machtpolitischen und militärischen Gesichtspunkten aus für die Amerikaner von so großer Bedeutung, daß sie sie unter keinen Umständen freigeben werden, und für die Japaner so groß, daß sie sie unter allen Umständen besitzen möchten.

Der neue Gesetzentwurf über die achtstündige Arbeitszeit.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter ist vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Grundlegende Vorschrift des neuen Gesetzentwurfes ist, daß die werktägliche Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — acht Stunden nicht überschreiten darf. Natürlich steht einer Vereinbarung kürzerer Arbeitszeit nichts im Wege. Eine gesetzliche Sonderregelung in dieser Hinsicht ist für den Bergbau in Vorbereitung. Eine Verlängerung der Arbeitszeit für ausgefallene Arbeitsstunden ist im Entwurf vorgesehen, doch nur um eine Stunde am Tage. Für Betriebe, die ihrer Natur nach an Sonn- und Feiertagen nicht unterbrochen werden können, ist eine 56stündige Arbeitszeit im Durchschnitt von drei Wochen vorgesehen. Für eine Regelung der Sonntagsarbeit wird eine besondere Regelung erfolgen. Das neue Gesetz umfaßt die gewerblichen Arbeiter in allen Gewerbebetrieben. Werkmeister und Techniker, Kinder unter 14 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr gewerblich beschäftigt werden. Eine Ausnahme ist möglich in den behördlich genehmigten und überwachten Fachschulen. Als jugendliche Arbeiter gelten Personen beiderlei Geschlechts von mindestens 14 und unter 18 Jahren. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft findet ihre Regelung von nun an nach einheitlichen Bestimmungen. Mit unvermeidlichen Abweichungen vom Achtstundentag befassen sich die Ausnahmebestimmungen. Sie gelten für die Fälle außergewöhnlicher Häufung der Arbeit, in Notfällen für Saisonbetriebe und Gewerbe, die von der Witterung besonders abhängig sind oder im engen Zusammenhang stehen mit der Landwirtschaft. Notwendige Ueberarbeiten dieser Art bedürfen jedesmaliger behördlicher Genehmigung. Außerdem ist die Anhörung des Bezirks- und Reichswirtschaftsrates vorgeschrieben, so daß diese Ausnahmefälle nur auf wirklich dringende Fälle beschränkt sein werden. Nicht selbständige Heimarbeiter unterliegen grundsätzlich dem Gesetz des Achtstundentages. Selbständige Handelsgewerbetreibende sind ausgenommen. Für die im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen wird auch in dem neuen Gesetze der Achtstundentag beibehalten. Jedoch ist eine gewisse Bewegungsfreiheit zu Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmerverbänden und Betriebsleitungen vorgesehen. Strafbestimmungen richten sich wie bisher nur gegen die Arbeitgeber. Die Arbeitszeit der Angestellten wird auf der gleichen Grundlage in einen besonderen Gesetzentwurf geregelt werden. In diesem Gesetz wird auch die Arbeitszeit der Hausgehilfen und des Krankenpersonals geregelt werden.

Scheckschwindler mit eigener Bank.

Scheckschwindler mit einer eigenen Bank sind wohl die neueste Erscheinung auf dem Gebiete der Kriminalistik. Ein Konsortium, daß aus einem Rittmeister a. D. Hans von Luck, einem Pferdehändler Julius Sönnichsen aus Tondern und einem Kaufmann Adolf Markussen aus Rohrkarr bestand, gründete in einem Pensionat in Berlin W eine eigene Bank unter der Firma „Akt.-Ges. Creditbank, Berlin". Diese Bank hatte zwar kein Geld, aber die Gründer verfügten doch immerhin über soviel Mittel, daß sie sich Scheckbücher auf ihre Bank in genügender Menge anfertigen lassen konnten. Mit ihren Scheckbüchern ausgerüstet, fuhren nun zwei der Gründer in Deutschland und, soweit bisher ermittelt wurde, auch in Dänemark und Holland umher, um Einkäufe zu machen. Der Dritte blieb in Berlin, am Sitze der Bank. Die Einkäufer hatten es hauptsächlich auf Juwelen abgesehen. Dabei traten sie immer unter anderem Namen auf. Im Gegensatz zu anderen Scheckschwindlern, die jede rechtzeitige Nachfrage mit allen Mitteln zu verhüten suchen, bestanden diese bei jedem Einkauf selbst darauf, daß man die Güte ihrer Schecks prüfe, bevor man ihnen die Ware aushändige. Dieser Trick verfing auch stets. Denn gerade zu dem Zweck hatten ja die Schwindler ihre eigene Bank gegründet. Jede Anfrage bei der „Creditbank Berlin" wurde von dem Beteiligten, der gerade in Berlin saß, sofort telegraphisch dahin beantwortet, daß volle Deckung vorhanden sei. Daraufhin händigten die Geschäftsleute natürlich alles aus, was man von ihnen gekauft hatte, so zuletzt ein Juwelier in Amsterdam für 2500 Gulden Schmucksachen, andere in Holland für 2000 bis 2800 Gulden. Ein Versuch bei einem Geschäftsmann, für 10000 Gulden Juwelen zu erlangen, schlug fehl. Jetzt ist es gelungen, das ganze Konsortium, das von der deutschen, dänischen und holländischen Polizei gesucht wurde, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Festgenommenen, die zunächst nach Berlin gebracht werden, haben nach den bisherigen Ermittlungen auch noch Schwindeleien anderer Art, Veranstaltungen von Glücksspielen, Verschiebungen von Kunstsachen nach dem Auslande und dergleichen auf dem Kerbholz.

Eisenbahnunglück bei Iserlohn.

t **Iserlohn**, 4. Sept. Heute nachmittag 2 Uhr stieß bei der Einfahrt in den Bahnhof der aus Letmathe kommende Personenzug einem aus der Richtung Schwerte kommenden Personenzug in die Flanke. Zwei mit Fahrgästen dicht besetzte Wagen wurden umgeworfen, zwei weitere Wagen mehr oder weniger stark beschädigt. Unter dem ersten der umgestürzten Wagen wurden zwei Tote hervorgezogen. Drei schwer verletzte und mehrere leicht verletzte Personen fanden im hiesigen Krankenhaus Aufnahme. Das Unglück entstand vermutlich durch Überfahren des Haltesignals durch den Schwerter Zug.

Gegen die Loslösungsbestrebungen am Rhein.

Aachen, 3. Sept. Bei dem Besuche des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der hiesigen Handelskammer erklärte der Präsident der Kammer: Die von einzelnen Personen ausgehenden Bestrebungen, die auf eine Loslösung vom Riche gerichtet sind, finden hier keine Unterstützung. Vielmehr sind alle davon überzeugt, daß auch unter schwerstem Druck am Reiche festgehalten werden müsse. Die gleiche Erklärung wurde von einem Vertreter der Gewerkschaften abgegeben, den der Minister am Nachmittag empfing.

Lohnkämpfe auf den Röchlingschen Werken.

Saarbrücken, 5. Sept. Die Arbeiter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Volklingen sind am Samstag in den Ausstand getreten. Am 13. August hatte die Firma auf September einen Abbau der Löhne angekündigt, gegen den die Arbeiterschaft sofort energisch protestierte. Ebenso lehnte sie den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab. Die Direktion der Werke hat darauf am Samstag mit der Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft und der Schließung der Werke geantwortet.

Selbstmord eines fünffachen Mörders.

Jena, 5. Sept. In der Nacht vom 1. September hat der Massenmörder Willi Wenzel im Gefängnis von Weimar seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Londoner Gemeinderäte verhaftet.

t **London**, 4. Sept. Das Obergericht hat der Polizei befohlen, 30 Mitglieder des Munizipalrates von Poplar (Arbeiterviertel von London) zu verhaften. 18 sind schon verhaftet worden, darunter Landburry, der Herausgeber der Arbeiterzeitung „Daily Herald". Das Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Munizipalmitglieder sich weigerten, gewisse lokale Steuern einzuziehen, unter dem Vorwand, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung hätte die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler von Poplar erschöpft. Die Verhaftungen wurden in vollkommener Ordnung durchgeführt. Große Scharen Arbeitsloser begrüßten die Verhafteten, als sie von der Polizei fortgeführt wurden.

Badische Politik.

Von der Deutschen Volkspartei.

Man schreibt uns: Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, trat am Donnerstag, den 1. September in Karlsruhe zu einer Sitzung zusammen. Die außerordentlich anregend verlaufenen Verhandlungen wurden von dem 1. Landesvorsitzenden, Herrn Professor Weber-Baden-Baden geleitet. An der Tagung nahm auch der badische Reichstagsabgeordnete der D.V.P., Herr Dr. Curtius-Heidelberg teil. Die Kandidatenfrage für die kommende Landtagswahl und wichtige Angelegenheiten der Organisation wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Erneut zeigte es sich, daß die Deutsche Volkspartei im Lande Baden auf dem Wege einer schnellen Entwicklung begriffen ist und daß die getroffenen Maßnahmen dafür bürgen, die Deutsche Volkspartei den kommenden Wahlen mit der größten Zuversicht entgegensehen zu lassen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Lotterie. Unserer heutigen Postauflage ist eine Beilage angefügt: „Das große Los", die in geschickter Verbindung von Bild und Text für die Geldlotterie der Münchener Gewerbeschau 1922 wirbt. Wir machen unsere Leser auf diese Beilage aufmerksam, die in der morgigen Nummer auch der Stadtauflage beigefügt werden wird.

Jugendliebe.

Schulfragen von Prof. Eichhorn (Konstanz).

Nicht von süßen Stunden und schönen Träumen soll hier die Rede sein, sondern von einer Liebe, die uns Erziehern das Leben hindurch treu bleiben soll, von der Liebe zur Jugend.

Die Vermittlung von Kenntnissen kann nicht das einzige Ziel unserer höheren Schulen sein; zu dieser Rolle wollen wir sie nicht herabwürdigen. Sondern neben der Schulung der Geisteskräfte, der Uebung in der klaren Bildung und Scheidung von Begriffen ist die Herzensbildung das Ziel, das tausendmal höher steht. Denn die gibt uns den reichsten Schatz fürs Leben mit, der nie ganz versiegen kann; sie läßt uns das Glück tiefer kosten, läßt uns die Schönheit der Welt und des Lebens erkennen und läßt uns im Unglück nicht verzweifeln und nicht unter uns sinken. Welche Schulart dieses Ziel am vollkommensten erreichen kann, darüber mag man streiten; obschon mir klar zu sein scheint, wo die ästhetischen und philosophischen Werte am tiefgründigsten gepflegt werden können. Aber nicht die Reform des Stoffes ist am wichtigsten, sondern die Pflege des richtigen Geistes in der Schule. Und wenn ich auch keine verblüffenden Mittel zur Weckung dieses Geistes nennen kann, so ist mir's doch, als müßte ich einmal ein Bekenntnis meines Glaubens ablegen.

Ich will nicht reden von dem Kommißton, der vielleicht in alten Zeiten da und dort üblich war, der Sitte des Anschnauzens, das auch in anderen Kreisen unseres deutschen Landes vielfach als der Verkehrston angesehen wurde, der am sichersten zum Ziele führt.

Aber ich kann mir noch einen anderen Ton denken, vor dem zu warnen wäre, und den könnte man im Gegensatz zum vorher erwähnten etwa den Kanzleiton nennen. Vielleicht existiert ein solcher Lehrer bloß in meiner Phantasie. Aber ich will einige Merkmale dieses Phantoms angeben. Für ihn wären die Schüler, oder das Schülermaterial, nicht Jungen mit einem warmen Herzen, nicht geistig-sittliche Wesen mit allen Seelenfähigkeiten und Empfindungen, die der erwachsene Mensch hat — nur daß sie beim jungen Menschenkind meist unverfälschter, lebhafter sind —, für ihn wären die Schüler unbeschriebene Blätter, auf die er nach Herzenslust schreiben kann. Vielleicht ist der Schüler auch bloß ein Gefäß, das stille zu sitzen hat, bis der Lehrer seine Amtspflicht erfüllt hat. Auf diese Weise wäre eine tadellose Klassendisziplin zu erreichen. Denn bei irgend einer Unregelmäßigkeit hätte man ja die entsprechenden Gesetzesparagraphen bei der Hand. Der Schüler weiß, daß er darf und darf, muß und muß, hat und hat (nämlich dies und jenes zu tun), und er macht sich, wenn der nötige Druck ausgeübt wird, eine offizielle Musterknabenmoral zurecht, um ungeschoren zu bleiben, und fürs bessere Fortkommen seine private Schlauberbergermoral.

Wie wäre es nun, wenn ein Knabe, der eben die höhere Schule betritt, einem solchen Mann gegenüberstände. Der Hauptinhalt des Lebens war für das Kind, auch während der Volksschule, das Spiel, eine Beschäftigung, die um ihrer selbst willen getrieben wird, eine kindliche Arbeit gewissermaßen, die von Lustgefühlen begleitet ist. Wie sollte nach dieser Selbstausbildung des Kindes, nach dieser Uebung des Auges, der Kraft, der Gewandtheit, der Phantasie, wie sollte sich nun solch ein kleines Menschlein in die gänzlich veränderte Lage finden, wo es vom Geist des Unpersönlichen umfangen würde, wo ihm alles Selbstvertrauen und alle Schaffensfreudigkeit gelähmt würde!

Ja, wenn es das Glück hätte, einem Lehrer anvertraut zu sein, der selbst in heiterem Selbstvertrauen, mit Lust am Leben, seines Amtes waltet, der sich nicht mit den Kanonen des Schulgesetzes umgibt und nicht auf den Direktor als Wauwau hinweist, der nicht nur sagt, du sollst, du mußt, du hättest sollen usw., einem Lehrer, dem es weniger auf die „Anstalt" und die Klassendisziplin ankommt als — auf die Kinder. Er unterscheidet Wesentliches von Unwesentlichem, Ernst vom Scherz, er ist ein Mensch unter Menschen. Er weiß, daß ein Schüler, der die Unwahrheit sagt, nicht unter allen Umständen ein schlechtes Element ist, daß bei den Kleinen im Eifer des Erzählens, wenn die Phantasie erhitzt ist, Wahres und Unwahres sich mischt, daß auch der Eigensinn die Ursache der Lüge sein kann, und daß davon die Lüge im Bewußtsein des Unrechttuns zu sondern ist. Er wüßte, daß Aufmerksamkeit eine geistige Arbeit ist, die gelernt werden muß, daß alles, was unser Gefühlsleben aufrührt, sich Interesse erzwingt, und daß man folglich mit dem Gefühlsleben des Kindes Fühlung nehmen muß. Er wüßte aber auch, wie verschieden veranlagt das Gedächtnis ist, und daß nicht alle Kinder so auswendig lernen wie er selbst. Er wüßte, welche gewaltige Arbeitsleistung eine Unterrichtsstunde erfordert, wenn sie die ständige Aufmerksamkeit verlangt, und daß der interessante Lehrer den Schüler tatsächlich mehr ermüdet als der langweilige. Er wäre vertraut mit den psychologischen und physiologischen Schwankungen der Entwicklungsjahre. Kurz, er verstünde seine Jungen, oder suchte sie zu verstehen und hätte sie lieb als den Inhalt seines Lebens. Liebe? Affenliebe? O nein, nicht den pseudo väterlichen oder Onkelton meine ich. Sondern die Liebe, die mehr ist als Gefühl, die klarer Wille ist. Die Liebe, die der Schüler dunkel empfinden wird, wenn er sich sagen muß: da ist einer, der empfindet wie ich, der mir helfen will, der mich zu einem denkenden, das Leben freudig genießenden Menschen machen will, der meine Charakterbildung fördern kann. Von einem solchen Manne werden seine Schüler wissen, daß er ihnen dient, und das wird ihn nicht herabwürdigen; die Schüler werden an ihm die schönste und sicherste Lebenswahrheit erleben, daß Dienen immer glücklich macht.

Der Sextaner verehrt in seinem Lehrer ein Wesen höherer Gattung, er hat das Bestreben, ihn zu vergöttern und ist von seinem Gruß beglückt. Das vergeht von allein mit der Untertertia; um des Untertertianers Liebe kann man nicht mehr werben; er beginnt, seiner Vernunft zu vertrauen, zu der er als Sekundaner unbegrenztes Vertrauen hat, und beginnt sich als reflektierendes Wesen in Gegensatz zur Umwelt zu setzen. Und der Primaner will vor allem etwas geboten haben, weniger Gelehrsamkeit als Anregung.

Durch alle Stufen aber zieht sich das eine, der junge Mensch muß fühlen, daß wir ihn lieben, daß wir ihr seiten und mit ihm zusammen erkennen wollen. Und diese Forscher- und Entdeckerfreude wird immer bei der Jugend da sein, wenn sie der Lehrer sich selbst zu erhalten weiß, wenn er nicht zum Handwerker wird. Ein Forscher und Entdecker kann der Sextaner sein an seinem primitiven Material der alten Sprachen, wo seine bisherigen Spiele durch geistige Spiele abgelöst werden, wie auch der Primaner der im Betrachten der alten Philosophen oder unserer Klassiker Lebensweisheiten entdeckt. Und selbst der gefürchtete Aufsatz gewinnt Leben, wenn der Lehrer die Arbeit eines jeden als ein Eigenwerk ansieht, beurteilt, schätzt.

Und wenn wir strafen, so sehe der Schüler, daß wir nicht aus Rache strafen, sondern als Vertreter einer höheren Macht; nicht der Schulordnung, sondern eines ungeschriebenen Gesetzes, das wir vertreten. — —

Was ist denn nun das für ein Wunderlehrer, der hier gezeigt wird? Jeder wohl, der Lehrer geworden ist, weil er die Jugend lieb hat, und der nicht deshalb lehrt, weil er zum Lernen nicht imstande ist; der nicht als Philologe so zum Spezialisten geworden ist, daß er darüber das Ganze aus den Augen verloren hat. Jeder, der überzeugt ist, daß der Lehrer nicht der Vorgesetzte, sondern eher der Vater des Schülers ist; daß Erziehung nicht ohne liebevolles Verstehen und verzeihende Liebe möglich ist.

Und solche Lehrer gibt es in der heutigen Zeit nicht wenige; um aber nicht zu schließen, ohne einen Weg zu zeigen, auf dem manches erreicht werden kann, so möchte ich fordern, daß unsere künftigen Erzieher neben ihrer philologischen Ausbildung eine möglichst tiefe Kenntnis der Kinderpsychologie und der allgemeinen experimentellen Psychologie*) sich erwerben. Es wird dann auch dort, wo das unersetzliche ursprüngliche, liebevolle, voraussetzungslose Verstehen nicht da ist, doch immerhin einem gänzlichen Mißverstehen vorgebeugt werden.

*) Die „Pyramide" wird im Laufe der Zeit einige ausgezeichnete Märchen Eichhorns als sozusagen praktisch-historische Beispiele eines geborenen Jugendbildners bringen. Die Red.

Kriegsgräberfürsorge.

Die verschiedenen Notizen, die in letzter Zeit über Kriegerehrungen und Kriegsgräberpflege in den Zeitungen erschienen sind, haben nicht in dem erforderlichen Maße Aufklärung in diesen Fragen gebracht. Sie waren jeweils von einer der verschiedenen sich mit diesen Fragen beschäftigenden Stellen verfaßt und hatten nur das Arbeitsgebiet dieser Stelle behandelt. Die große Zahl derer aber, die stumm und allein für sich ihren großen Schmerz um die Lieben, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben, tragen, macht eine möglichst vollkommene Aufklärung zur Pflicht. Es mag schon mancher, insbesondere auch bei der Nachricht von der Totenehrung unserer Feinde an einem besonderen Nationaltrauertag, in bitterem Zweifel gestanden haben, ob unser Vaterland infolge seines Zusammenbruchs in der Sorge um die Lebenden seine Toten nicht vergessen habe. Mit dem vielen, was das deutsche Volk hat verlieren müssen, ist hoffentlich das deutsche Empfinden über die gemeinsame Pflicht seinen Toten gegenüber nicht erloschen.

Der Reichsregierung steht als Behörde das jetzt dem Reichsministerium des Innern unterstellte Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber (Z. A. K.) in Berlin zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Das Z. A. K. betreibt in der Hauptsache, wie schon während des Krieges, mit allem Eifer die Nachforschung nach Vermißten und die Feststellung unbekannt Beerdigter und die Aufstellung von Gräberlisten auf Grund der ihm von den einzelnen Gräberverwaltungen aus dem Felde zugegangenen und nach Beendigung des Krieges bei ihm abgelieferten Unterlagen. Es verhandelt ferner mit den in Berlin befindlichen Gräberkommissionen der feindlichen Staaten und bearbeitet die auf Grund des Vertrags von Versailles übernommenen Verpflichtungen. Die ihm zugehenden Anfragen erledigt es auf rein behördlichem Wege. Zur Erfüllung seiner Aufgaben beschäftigt er eine große Zahl von Beamten. Die erforderlichen Mittel werden ihm, wie die anderer Reichsbehörden, vom Reichstag bewilligt.

Neben dem Z. A. K. bestehen von den Landesregierungen eingerichtete staatliche Beratungsstellen für Kriegerehrungen, die wir auch in Baden beim Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe besitzen. Sie sorgen im Benehmen mit den interessierten Körperschaften für künstlerische Durchbildung aller sichtbaren Kriegerehrungen und gehen so besonders den Gemeinden und Vereinen bei der Errichtung von Ehrenmalen an die Hand. Sie arbeiten also im wesentlichen für die im Inland liegenden Gräber und haben zur Erlangung von Mitteln, die in der Hauptsache bisher für Ostpreußen verwandt wurden, eine Denkmünze in Vertrieb gebracht.

Die Pflicht, die Gräber all unserer vielen Kriegsopfer in würdigen Zustand zu setzen und zu erhalten und eine dem Volksempfinden entsprechende Totenehrung durchzuführen, ist jedoch Sache des ganzen deutschen Volkes. Eine Behörde kann all den in dieser Frage auftretenden Bedürfnissen nicht genügen. Der Umfang der Arbeiten ist zu ungeheuer, und es ist einer Behörde nicht möglich, in der Weise, wie dies gerade die Frage der Gräberfürsorge und Totenehrung erfordert, mit dem ganzen Volke allerorts einzeln Fühlung zu nehmen. Hierzu ist eine sich überall hin verzweigende Organisation erforderlich, die den trauernden Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite steht, ihnen behilflich ist zur Erlangung von Gewißheit über das Schicksal Vermißter oder über den Zustand von Grabstätten, sie unterstützt bei der Erfüllung besonderer Wünsche und schützt vor der Ausbeutung durch gewissenlose Spekulanten. Eine Organisation, die auch für die Grabstätten, nach denen Keiner mehr frägt, sorgen und allen deutschen Gräbern in der Heimat und im Feindesland würdige Gedächtnisstätten schaffen helfen und dafür sorgen will, daß das Grab des Armen und des Unbekannten nicht hinter dem des Reichen zurücksteht, und die schließlich darauf hinwirkt, daß das Verständnis für gemeinsame Totenehrung von Volk zu Volk vermittelt wird. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich mit Unterstützung der Behörden der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge gebildet. Aehnliche Organisationen bestehen auch in anderen Ländern, und es sind bereits engere Beziehungen mit dem die gleichen Ziele verfolgenden „schwarzen Kreuz" in Oesterreich und der „Assoziazione Nationale fra le Madri e le Vedove dei Caduti" in Italien angeknüpft. Durch Ortsgruppen, Bezirks- und Landesverbände verbreitet er sich weiter und sucht seine hohen Ziele unter Zusammenfassung möglichst aller Deutschen zu erreichen. Ihm sollen sich daher nicht nur diejenigen, die noch in banger Sorge um das Schicksal oder die Grabstätte eines Lieben sind, anschließen, sondern gerade auch die, denen dieser Schmerz erspart blieb. Die Mitgliedschaft kann durch einen Jahresbeitrag von mindestens 5 ℳ, die Dauermitgliedschaft durch einen einmaligen Beitrag von mindestens 100 ℳ erworben werden. Die praktische Arbeit wird mit Ausnahme von der Hauptgeschäftsstelle in Berlin, wo einige Wenige hauptamtlich tätig sein müssen, überall ehrenamtlich ausgeführt. Grabanfragen und Wünsche sucht er möglichst auf privatem Wege durch die Bürgermeister, Geistliche oder andere Vertrauenspersonen der betr. Orte zu erledigen. Die erforderlichen Mittel will er durch die Mitgliedsbeiträge und freiwillige Spenden aufbringen. Nach 1½jährigem Bestehen hat sich der Volksbund ohne laute Werbearbeit schon über ganz Deutschland verbreitet und es haben sich ihm Mitglieder aus allen Kreisen, Parteien und Konfessionen angeschlossen, ein Beweis dafür, daß diese Gründung einem allgemeinen Bedürfnis entspricht: die großen Erfolge insbesondere bei der Nachrichtenvermittlung über Grabstätten im feindlichen Auslande und der Vermittlung der Pflege dieser brachten die Gewißheit, daß der eingeschlagene Weg der richtige, aber auch der einzige ist, auf dem die hohen Ziele des Bundes erreicht werden können und müssen.

Bei den Bundestagungen im November 1920 in Berlin und im Mai ds. Js. in Nürnberg sowie bei Veranstaltungen der einzelnen Ortsgruppen konnte an Hand von eindrucksvollen Bildern die Entwicklung der Kriegsgräberfürsorge und das in ihr durch den Volksbund Erreichte gezeigt werden. Monatlich erscheinende Hefte „Kriegsgräberfürsorge" geben laufend Aufschluß über den Fortgang der Arbeiten und über alle mit der Ehrung unserer Kriegsopfer zusammenhängende Fragen. Diese illustrierten Hefte können bei jedem Postamt bestellt werden. Der Bezugspreis beträgt im Jahr 8 ℳ. Von Fragen allgemeiner Natur, mit denen sich der Bund beschäftigt, seien erwähnt: Gemeinschaftsreisen zu Kriegsgräbern, Heimatüberführungen, Hinwirken auf möglichste Vereinfachung beim Schmuck der Gräber zur Vermeidung großer Gegensätze, Festsetzung eines Nationaltrauertags, Uebernahme von Patenschaften für einzelne Friedhöfe u. a. m.

Wie weit das Bestreben, den Volksbund zu unterstützen, geht, zeigt der Erfolg der im Frühjahr in der evangel. Landeskirche Badens erhobenen Kollekte mit nahezu 45 000 ℳ. Die anderen Konfessionen werden noch entsprechende Veranstaltungen vornehmen.

In Baden bestehen bis jetzt folgende Ortsgruppen: Heidelberg (Vorsitzender Geh. Rat D. von Schubert, Bergstr. 82); Karlsruhe (Vorsitzender Prälat D. Schmitthenner, Schriftführer Kemmer, Stadtbaurat, Rathaus); Emmendingen (Vors. Geh. Reg.-Rat Dr. Baur, Bezirksamt); Pforzheim (Vors. Geh. Ober-Reg.-Rat Keim, Bahnhofstr. 22); Liedolsheim bei Graben (Vors. Bürgermeister Bolz); Grünwettersbach (Vors. Pfarrer Ernst); Offenburg (Vors. Oberstadtsekretär Willi); Mannheim (Vors. Oberreallehrer a. D. Reinmuth S 6 Nr. 21). Weitere Gründungen sind im Gange.

Die Geschäfte des Landesverbandes besorgt die Ortsgruppe Karlsruhe, bei der auch diejenigen die Mitgliedschaft des Bundes erwerben, in deren Bezirk noch keine Ortsgruppe besteht.

Es steht zu erwarten, daß mit der fortschreitenden Aufklärung über das, was für die Gräber unserer Kriegsopfer geschieht und geschehen kann, auch die Stumpfheit weicht, die leider auch den Fragen der Ehrung unserer gefallenen Helden gegenüber zu bemerken ist. Wir wollen uns doch in unserer Pflicht unseren Gefallenen gegenüber nicht von unsern Gegnern beschämen lassen.

S. Kemmer.

Landesversammlung der Bezirksvereinigung Baden des Bundes deutscher Apotheker.

H. **Baden-Baden**, 4. Sept. Aus allen Gegenden des Landes hatten sich heute im „Löwenbräu" die Apotheker Badens zusammengefunden zur Teilnahme an der diesjährigen Landesversammlung, auf der Fach- und Standesfragen eingehend beraten wurden und deren Tagesordnung sehr umfangreich war.

Eröffnet wurde die Tagung vormittags halb 10 Uhr vom Vorsitzenden Borner-Freiburg, welcher die Anwesenden begrüßte und besonders den Vorsitzenden der Badischen Apothekerkammer, Dr. Lakemeier-Karlsruhe, willkommen hieß. Des weiteren berichtete er sodann über die allgemeine fachpolitische Lage unter Hervorhebung der Einigkeit der Mitglieder des Verbandes bei Lösung von Fach- und Standesfragen. Im Anschluß hieran äußerte sich der Redner auch über die Apotheken-Reform, über die Sozialisierungs- und Staatsapothekenfrage, die vorläufig in negativem Sinne erledigt sei, da die Regierung für diese Projekte nicht zu haben sei. Bezüglich der Niederlassungsfreiheit wurde eine ablehnende Stellung eingenommen und bezüglich der Personal-Konzession wurde eine Entschließung eingebracht, die einstimmige Annahme fand. Hierauf wurden die Anträge zur Dortmunder Hauptversammlung zur Diskussion gestellt; es wurde ihnen nach längerer Aussprache, an der sich die Mitglieder Reuland-Heidelberg, Siebold-Freiburg, Dr. Montigny-Freiburg, Stubenhofer-Mannheim und andere beteiligten, zugestimmt. Als Delegierte für die Hauptversammlung wurden Knoblauch-Heidelberg, Siebold-Freiburg und Herzing-Waldshut, als Stellvertreter Weigele-Kirchheim, Kaiser-Karlsruhe und König-Lörrach gewählt. Über das badische Konzessionswesen berichtete dann Siebold-Freiburg, dessen Darlegungen allgemeine Zustimmung fanden.

Nach einer halbstündigen Pause hielt Kaiser-Karlsruhe einen Vortrag über das Thema „Apotheker und Wissenschaft", in welchem er darlegte, daß die Angehörigen des Apothekerstandes sich mehr als bisher auf wissenschaftlichem Gebiete betätigen sollten. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung, die auch in einer sich anschließenden Aussprache zum Ausdruck kam. Ein Antrag, der Vorstand möge bei der Apothekerkammer wegen einer besseren Ausbildung der Eleven vorstellig werden, wurde einstimmig angenommen. Nachdem Dr. Montigny-Freiburg über die Tätigkeit der Tarifkommission berichtet hatte und die Mitglieder und deren Stellvertreter zu dieser Kommission neu gewählt waren, erstattete Hellbusch-Freiburg, der Rechner des Vereins, den Kassenbericht. Beschlossen wurde zu dem Bericht, neben dem Verbandsbeitrag eine Bezirksumlage von 10 Mark pro Mitglied zu erheben. Ernst-Heidelberg, der sich um das Gedeihen des Verbandes hochverdient gemacht hat, jetzt aber, da er neue Konzession erhalten hat, aus dem Vorstande ausscheidet, wurde zum Ehrenmitglied ernannt, wofür er seinen herzlichsten Dank aussprach. An seiner Stelle wurde Knoblauch-Heidelberg in die Apothekerkammer delegiert. Der Vorsitzende gab dann noch einen umfangreichen Bericht über die Gesamttätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Jahre, die sehr umfangreich, aber zugleich auch erfolgreich war. Unter Verdankung seiner mühevollen Tätigkeit wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Mitglieder des Vorstands mit Borner-Freiburg als I. Vorsitzenden wurden einstimmig wiedergewählt und einige Ergänzungswahlen erfolgten gleichfalls einstimmig. Nach Erledigung einer Reihe von Verbandsfragen wurde die Tagung nachmittags 3 Uhr vom Vorsitzenden mit herzlichen Dankesworten an die Anwesenden geschlossen.

Aus Baden.

a **Weinheim**, 4. Sept. Gestern abend brach im Kesselhause der Lederwerke Freudenberg auf unaufgeklärte Weise Feuer aus. Dasselbe fand an der Holzverschalung und in einem Holzgerüst reiche Nahrung. Während das Kesselhaus vollständig niederbrannte, konnte das anschließende Maschinenhaus durch die Feuerwehr gerettet werden. Der Schaden ist beträchtlich. Der Fabrikbetrieb erleidet keine Störung.

× **Neresheim**, 4. Sept. In der hiesigen Abteikirche wurde nachts eingebrochen. Aus zwei gewaltsam geöffneten Tabernakeln wurden zwei Speisekelche und eine kostbare Relique entwendet. Die geweihten Hostien fand man morgens ausgeschüttet. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

×**Fischingen**, 4. Sept. Vo reinigen Tagen kam es hier zu einer regelrechten Prügelei Burschen von Rötteln, Tumringen und Binzen gerieten mit den Burschen von Kirchen in Streit, wobei August Z. und Karl M. von Kirchen derart Schläge davontrugen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

× **Gutach**, 4. Sept. In Versammlungen in Gutach und Waldkirch nahm die Textilarbeiterschaft des Elztals eine Entschließung an, worin das Lohnangebot der Arbeitgeber vom 25. August als unbefriedigend bezeichnet wird. An der erhobenen Forderung vom 7. August halte die Arbeiterschaft fest; sie erkläre sich mit der Haltung ihrer Organisationsleiter in der Lohn-, Arbeitszeit- und Mehrstuhlfrage völlig einverstanden. Mit den Betriebsleitungen werden die Betriebsräte wegen der gestellten Forderung und Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe für den Monat August in Verhandlung treten.

× **Aus dem Brigachtal**, 4. Sept. Von glaubwürdiger Seite wird mehrfach versichert, daß in Gemeinden des Brigachtales ein Aufkäufer einer Brauerei außerhalb des Amtsbezirkes den Landwirten für den Doppelzentner Gerste 600 Mark bietet. Dabei ist dieser Mann durchaus nicht wählerisch, er nimmt mit der Maschine gedroschene Gerste, an der sich noch die Spitzen befinden, auch mit Wicken durchsetzte verabscheut er nicht. Wie hoch mag da der Bierpreis werden, wenn ganz unsinniger Weise für den Doppelzentner Gerste schon 600 Mark geboten werden?!

× **Konstanz**, 4. Sept. Die Untersuchung über das schreckliche Brandunglück in Hagnau hat trotz aller Bemühungen noch keine Anhaltspunkte über die eigentliche Ursache der Entstehung geliefert. Die Untersuchungsbehörden sind unermüdlich damit beschäftigt, Licht in das Dunkel zu bringen. Die vorgenommene Verhaftung eines mutmaßlichen Täters mußte wieder aufgehoben werden, da hinlängliche Beweise nicht erbracht werden konnten. — Ueber den Brand in Aach hat die Untersuchung ergeben, daß vorsätzliche oder fahrlässige Brandstiftung vorliegt. Genügende Anhaltspunkte für die Täterschaft sind jedoch noch nicht beigebracht worden. — Zum mysteriösen Mord bei Güttingen erfahren wir, daß auch hier die Untersuchung weiterer Aufklärung bedarf, da der eine der beiden Verhafteten seine den anderen Teil belastenden Angaben widerrufen hat. Wer den Handwerksburschen erschossen hat, ist noch immer nicht klargestellt.

Aus dem Stadtkreise.

Sensation im Stadtgarten.

Die Kommission für den Stadtgarten hat nun schon soviel getan, daß ihr — sollte man meinen — zu tun fast nichts mehr übrig bleiben würde. Was sie gestern unternahm, war aber so außergewöhnlich, daß man eine ganz besonders eindrucksvolle Ueberraschung erlebte. Rio Gebhardt dirigierte. Rio Gebhardt? Wer ist das? Nun ein Knabe mit blonder Lockenfülle, allerdings mit der Physiognomie der Gereiftheit und schon reichlich Energie. Vor allem aber ein geborener Musiker und Dirigent. Seine 12 Jahre hinderten ihn nicht, Weber, Massenet, Bizet und Dvorak zu deuten! Kaum zu viel gesagt! Der Knabe mit den feinen Bewegungen, der exakten, fast minutiösen Stabführung stand mit festen Füßen in der Partitur. Er feilte, glättete und modellierte Passagen, Themen und Takte, daß man gerührt wurde. Die Vorarbeit mit dem Harmonie-Orchester war unverkennbar. So schön auch der Aufenthalt auf der farbigen Au des Stadtgartens an sich ist, gestern wünschte man die Darbietung in der Festhalle zu vernehmen, weil das Konzertliche, absolut Musikalische in dem veralteten, unakustischen Musikpavillon verloren ging.

Aber unbekümmert darum dirigierte Rio Gebhardt mit fachlicher Durchdringung, ohne effekthaschendes Parodieren und fand den stürmischen Beifall des Publikums, das mit etwa 3000 Köpfen vertreten war. Wenn man eine solch vielversprechende Menschenpflanze sich öffentlich betätigen sieht, beschleicht den ernsthaften Kunstfreund das bange Gefühl, ob hier auch alles getan wird, daß das Stadium des „Wunderkinds" überwunden und ihm nicht das Schicksal von vielen bereitet wird. Da ist es nun erfreulich zu hören, daß Garantien für die ruhige Weiterentwicklung des Talents geschaffen sind. Der junge Dirigent geht in Begleitung seines musikverständigen Vaters nach Amerika zur Absolvierung einer Konzerttournee, die 7 Millionen Mark einbringen und die Mittel zu ruhiger Entwicklung und gesicherter Existenz bringen soll.

Das sind beispiellose Erfolge, wie sie nur wenigen beschieden sind. Mögen sie dem jungen Künstler stets hold sein.

Nach dem Konzert bezeugte Gebhardt im Verein mit einem noch jüngeren Bruder, daß er am Flügel auch schon einen bemerkenswerten Grad technischer Reife erlangt hat und vor allem jene bewundernswerte Ruhe und Sicherheit besitzt, die zu den schönsten Hoffnungen Aussicht gibt. Vielleicht gelingt es, ihn zu einem nochmaligen Gastspiel zu verpflichten, in dem er sich als Dirigent und als Pianist vorstellen könnte. Nach seinem ersten unbestrittenen Erfolg darf man einen zweiten als sicher annehmen. —dt.

*

Ueber die Anweisung von Krankenbrot und Zwieback veröffentlicht das Nahrungsmittelamt eine Bekanntmachung. (S. d. Anz.)

Sprechapparate mit Anschlußdosen. Die neue Fernsprechordnung läßt bei den Haupt- und Nebenanschlüssen an Stelle der mit den Leitungen fest verbundenen Sprechapparate Anschlußdosen zur Einschaltung tragbarer Apparate zu. Die Haupt- oder Nebenanschlußleitung endigt an der ersten Anschlußdose. Die Zahl der zu einem Haupt- oder Nebenanschluß gehörigen Anschlußdosen ist nicht beschränkt, doch müssen sie sich in demselben Gebäude befinden.

Verlängerung des Fernsprechdienstes. Vom 1. Oktober ab wird in allen Ortsfernsprechnetzen mit mehr als tausend Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst eingerichtet. In der in diesen Netzen nach dem Fernsprechgebührengesetz zu entrichtenden Grundgebühr ist ein Zuschlag von 20 ℳ mit enthalten, der die Kosten für die Durchführung des Nachtdienstes deckt. Während der Nachtzeit werden künftig im Ortsverkehr nicht mehr erhöhte Gebühren, sondern die gleichen Gebühren wie am Tage erhoben. Auch in kleineren Netzen kann auf Antrag der Teilnehmer verlängerter oder ununterbrochener Dienst eingerichtet werden, wenn die Antragsteller sich zur Deckung der Kosten verpflichten. — Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Telegraphenverwaltung künftig berechtigt, Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Durch diese Maßnahme soll dem auch in der Presse schon vielfach beklagten Uebelstande gesteuert werden, daß Fernsprechteilnehmer zum Nachteile des allgemeinen Verkehrs die Verbindungsleitungen über Gebühr für Plaudereien und ähnliche Zwecke benutzen.

Veranstaltungen.

Der Evangelische Verein für innere Mission Augsb. Bekenntnisses in Baden feiert am Mittwoch, 7. September sein 72. Landesjahresfest in Karlsruhe. Um 11 Uhr morgens vereinigen sich die Mitglieder zum Gebet im Vereinshaus (Amalienstr. 77). Der Hauptgottesdienst ist nachmittags 2 Uhr in der Stadtkirche, wobei Dr. Busch aus Frankfurt und Inspektor Beiel von St. Chrischona b. Basel sprechen werden. Die gleichen Herren werden bei einer Nachfeier im Vereinshaus, abends 8 Uhr, nochmals sprechen.

Gegen die Errichtung einer großen Autowerkstätte mit Garagen in der Weststadt findet heute abend 8 Uhr in der Goethehalle, Goethestr. 8, eine Einwohnerversammlung statt. Dazu teilt man uns mit: Leider hat der Stadtrat den erhobenen Vorstellungen keine Beachtung geschenkt, so daß es notwendig war, bei dem Bezirksrat noch besondere Einwendungen gegen die Plazierung des geplanten Unternehmens zu erheben. Um aber die Auffassung der Bewohner auch in der breiteren Oeffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, findet heute abend 8 Uhr in der Goethehalle eine Protestversammlung statt. Arbeiter, Handwerker, Beamte und Private, müssen gegen die Schädigung des Wohnviertels Stellung nehmen.

Gerichtssaal.

Liebesgabenschwindel vor Gericht.

Ein riesenhafter Liebesgabenschwindel der Deutschamerikanerin Virginia Moll gelangte vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichtes I Berlin zur Verhandlung. Es handelt sich bei diesem Prozeß um den riesig ausgedehnten Schleichhandel, den Miß Moll mit Hilfe verschiedener Hintermänner im Gewande einer Wohltätigkeitsaktion in Deutschland längere Zeit hindurch betrieben hat. Die auf Betrug, Kriegswucher, Kettenhandel bezw. Beihilfe hierzu lautende Anklage richtet sich gegen die in Lodi in Nordamerika geborene Privatiere Virginia Moll, den Kaufmann Kurt Mauthner und den Bankbeamten Erich Flatow, während der Hauptbeteiligte, der Kaufmann Leo Hirschfeld flüchtig geworden ist.

Die Angeklagte gründete im Jahre 1919 in Berlin die angebliche „Wirtschaftshilfe, amerikanischer Unterstützungsverein, Sitz Berlin", die lediglich den Deckmantel für einen umfangreichen Schleichhandel darstellte. Sie verstand es, bei den zuständigen Behörden den Glauben zu erwecken, daß ihr von seiten reicher Amerikaner ungeheuere Geldmittel zur Verfügung gestellt seien, mit welchen Lebensmittel im Ausland aufgekauft und unentgeltlich an deutsche Wohltätigkeitsanstalten verteilt werden sollten. Die Behörden erteilten daraufhin regelmäßig die Einfuhrerlaubnis und ließen die Waren, zum Teil in ungeheueren Mengen, sogar zollfrei nach Deutschland hinein, wo sie dann von der Angeklagten und ihren Hintermännern zu Wucherpreisen verkauft wurden.

Bei hrer Vernehmung behauptete die Angeklagte Moll, daß ihr nach dem Kriege tatsächlich von einem sehr vermögenden amerikanischen Jugendfreund namens Mitchell große Beträge zur Verfügung gestellt worden seien, um eine Art Quäkerspeisung hier einzurichten. Die Angeklagte versuchte, in ihrem schwer verständlichen Dialekt in großer Weitschweifigkeit der Angeklagten ein politisches Mäntelchen umzuhängen und deutet an, daß aus hochpolitischen Gründen ihr von ihren zahlreichen ausländischen Bekannten nahegelegt worden sei, aus England und Amerika Lebensmittel einzuführen, um die Bevölkerung in Deutschland in Auge zu erhalten. Durch Zufall will sie dann mit dem Kaufmann Leo Hirschfeld bekannt geworden sein, der in erster Linie den Verkauf der eingeführten Waren besorgte. Miß Moll behauptet, sich um die Finanzierung der Geschäfte nicht gekümmert zu haben.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung wird festgestellt, daß u. a. 15000 Kisten mit Kannen kondensierter Milch eingeführt worden sind. Ferner hat sich die Angeklagte bei großzügigen „Wohltätigkeitsunternehmungen" beteiligt, bei denen angebliche „amerikanische Liebesgaben" verkauft wurden, die aber in Wirklichkeit ausschließlich aus Berlin stammten. Die Anklage steht hier auf dem Standpunkt, daß diese „Wohltätigkeitsunternehmungen", die zumeist in der Errichtung von Küchen bestanden, mit dazu dienen sollten, um Frau Moll als Wohltäterin bekannt zu machen und insbesondere bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen eine unbegrenzte Zahl von Einfuhrbewilligungen zu erlangen. Als „amerikanische Wohltäterin" hat die Angeklagte so Eintritt in Gesellschaften und Regierungskreise erlangt und ist nach ihren Angaben sogar beim Reichspräsidenten Ebert ein- und ausgegangen.

Eine besondere Rolle spielt die Einfuhr von 200000 Kilo Kentucky-Preßtabak, der angeblich für die Bergleute der Senftenberger Gruben bestimmt war. Die Verteidigung wies darauf hin, daß hier viele Bestellungen von den Betriebsräten der Bergarbeiterschaft ausgegangen seien und daß diese offenbar mit den Waren selbst Geschäfte machten. Rechtsanwalt Dr. Jaffe meinte, daß der Reichskommissar bezw. in Frage kommende Beamte des Wirtschaftsministeriums, obwohl ihnen schließlich klar werden mußte, daß es sich nicht um Liebesgaben handelte, sich trotzdem mit dem ganzen Verhalten der Frau Moll einverstanden erklärt haben. Möglicherweise spielen hier Bestechungen eine Rolle. lt

Tagesanzeiger. (Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen).

Montag, den 5. September.

Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Apollotheater. Singspielgesellschaft Adi Wals. 8 Uhr.
Weltpanorama. Japan.
Bürgervereinigung der Weststadt. Protestversammlung in der Goethehalle. 8 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Bekanntmachung.

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.

Auf Grund der §§ 23, 37 der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910, die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen betr., und des § 1, Ziffer 2 der bad. Verordnung vom 22. März 1910, gleichen Betreffs, ergeht folgende polizeiliche

Anordnung:

1. Das Befahren der Junker & Ruh-Straße (frühere Siemensstraße) mit Kraftfahrzeugen zwischen der Fröbelstraße und der Junker- & Ruh-Brücke ist verboten.

2. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 21 des Gesetzes vom 3. Mai 1909, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr., mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Karlsruhe, den 24. August 1921. O.-Z. 122.

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bekanntmachung.

Betr. Krankenbrot- und Zwiebackversorgung.

Mit Ablauf der Versorgungsperiode ab 18. 9. 21 wird die allgemeine Krankenbrotversorgung aufgehoben.

Von dieser Zeit an erhalten **nur** Mindest- und Minderbemittelte, die jeweils einen Ausweis von der Prüfungsstelle des städt. Fürsorgeamtes, Rathaus, Zimmer 127, vorlegen, Krankenbrot und Zwieback angewiesen. Auch für Wöchnerinnen, die während der Entbindung jeweils für 14 Tage Krankenbrot, sowie Kinder, die vom ersten bis zum zweiten Lebensjahr **Zwieback beziehen, trifft dasselbe zu.**

Im Einvernehmen mit der Freien Bäckerinnung werden die Brotpreise **(rationiertes)** von Mittwoch, den 7. ds. Mts. an wie folgt festgesetzt:

für den Laib von 1500 gr auf Mk. **5.30**
" " " 750 " " " **2.70**

Eine Ersatzleistung für verlorene, gestohlene oder sonst abhanden gekommenen Brot-, Mehl- und Zuckermarken findet keinenfalls mehr statt, da die Versorgenden Gelegenheit haben, sich im freien Handel Ersatz zu beschaffen.

Karlsruhe, den 3. September 1921.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fachschule für Elektro-Installateure u. Monteure

Karlsruhe i. B.

Die Fachschule steht unter Aufsicht des Ministeriums für Kultus und Unterricht.

Kursbeginn: 3. Oktober 1921,
Kursdauer: fünf Monate,
Studienbeitrag: Mark 257.—.

Anmeldungen an die Direktion, **Adlerstraße 29,** erbeten.

72. Landesjahresfest

vom **„Evangelischen Verein für innere Mission, Augsb. Bekenntnisses in Baden."**

Mittwoch, 7. September

11 Uhr: **Gebetsvereinigung,** Amalienstraße 77.
2 Uhr: **Hauptgottesdienst.**
Festredner: **Dr. Busch-Frankfurt.**
Inspektor **Veiel-St. Chrischona.**
8 Uhr abends: **Nachfeier,** Amalienstr. 77.
Obige Redner.

Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 6. September 1921, nachm. 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal, **Steinstraße 23,** hier, gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

60 Dtz. Gesellschaftsspiele, 150 kg Packpapier, 18 Halsketten, 36 Handtaschen (versilb.), 1 Musikwerk mit 18 Platten, 1 Standuhr, 1 Buffet, 1 Kredenz, 1 Schreibtisch, 1 Schreibmaschine (Hamond), 1 Bücherschrank, 29 Paar Herrenschnürschuhe (letztere bestimmt) u. a. m.

Karlsruhe, den 5. September 1921.

Konrad Maier, Gerichtsvollzieher.

Privat-Pädagogium Karlsruhe
(Externe, Interne) führt **individ.** bis **Abitur** jeder Schule, auch Mädchen. Gewinn an Zeit. Preise mäßig.
Wiehl, Bismarckstraße 69.

Granit-Randstein-Lieferung.

Die Lieferung von ca. 380 lfdm geraden Granitrandsteinen, ca. 75 m Bogenrandsteinen sowie die erforderlichen Toreinfahrtsteine für die Bahnhofstraße soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind bis spätestens **Samstag, den 10. September ds. Js., 10 Uhr vormittags,** auf unserem Büro abzugeben, woselbst die Bedingungen und Zeichnungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare unentgeltlich abgegeben werden.

Durlach, den 2. September 1921.

Städt. Tiefbauamt.

Zu vermieten

Wohnungstausch Landa–Karlsruhe.

Wer tauscht schöne 4 Z.-Wohnung mit Zubehör, elektr. Licht und offene Veranda im 2. Stock einer Villa m. Garten i. schönst. Lage gegen eine schöne 4 Z.- od. große 3 Z.-Wohnung nebst Zubehör in Karlsruhe. Angeb. unt. Nr. 7139 i. Tagblattbüro.

Kapitalien

Welch. Frl. od. Wwe. würde s. m. einig. 1000 M an Geschäft (Wirtsch.) beteiligen. **Spätere Heirat** erw. Ausf. Ang. u. Nr. 7140 ins Tagblattbüro.

Offene Stellen

Putz!
Tüchtige 1. Arbeiterin per sofort **gesucht.**
Heinike & Murr, B.-Baden, Sofienstr. 9.

Mädchen
gesucht f. 3 Stund. morg. **Händelstraße 15.**

Tücht. Mädchen, das zu Hause schlafen kann, oder auch ehrl. Laufmädchen gesucht. Näheres bei **Krieger** Kronenstraße 9.

Stellen-Gesuche

Gebild. Fräulein, tücht. im Haush, sucht Stellung als **Haushälterin** z. einzelnem bess. Herrn oder Dame hier oder Nähe von Karlsruhe.
Angebote unt Nr. 7131 ins Tagblattbüro erbet.

Suche für meine 19jähr. Tochter Stelle als Stütze mit Familienanschluß. Gefl. Angebote unter Nr. 7141 ins Tagblatt b

Männlich

Zahntechniker
mit bestem Lehrzeugnis sucht Stellung in renommiertem Zahnarztatelier, am liebsten in Karlsruhe. Angebote unt. Nr. 7133 ins Tagblattbüro erbet.

Empfehlungen

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 38.

Verkäufe

Eich. Schlafzimmer, prima Arbeit, einige kompl. **Küchen** bill. abzugeben Möbellager **Ruf,** Adlerstraße 8.

Chaiselongue
neue, v. 300 M an zu verk. **Köhler,** Schützenstr. 25.

Sechs Perser Teppiche
(echte, sehr schöne)
2 Maschinen-Perser
Größe 250/350 cm schnellstens preiswert zu verkaufen. Angebote u. Nr. 7096 i. Tagblattbüro.

Wegzugshalber 1 **Bett, Schrank, Küchentisch, 2 Hocker, Herd** u. sonst. Hausrat zu verkaufen. Wohnung, 1 Zimmer u. Küche, kann eventl. mit übernommen werden: Yorkstraße 25, Hof

Maß-Anzug,
fast neu, modern gearbeitet, für große Figur, billig zu verkaufen: Kaiser-Allee 75, Hh. I.

Kaufgesuche

Wirtschaft
Gasthof od. Hotel
bei hoher Anzahlung von Selbstkäufer **zu kaufen gesucht.** Gefl. Angebote mit ausführl. Beschreibung unter Nr. 6699 ins Tagblattbüro erb.

Zu kaufen ges. Amerikanerkoffer oder sonstig. Reisekoffer u. Handreisetasche. Angeb. unt. Nr. 7130 ins Tagblattbüro.

Obst- u. Wein-Pressen
mit Spindel- u. hydraulischem Druck in allen Größen, **Obst- u. Traubenmühlen** für Hand- und Kraftbetrieb kaufen Sie am besten und billigsten und **bestellen** diese **heute schon** bei der Spezialfabrik für moderne Kelterei-Maschinen
J. Dieffenbacher Söhne, Maschinenfabrik, **Eppingen** Baden. 48

Felle
alle Arten werden gegerbt und gefärbt in allen Farben.
G. Kumpf
Douglasstraße 8, v. Ecke Akademiestraße Kein Laden.

Mary Schapke
Vornehmer Damenputz — Friedrichsplatz 2, Tel. 5389
ladet zur Besichtigung
der neuesten
Uebergang- und Herbst-Hüte
ein.

Statt Karten.
Max David
Betty David geb. Mayer
Vermählte
Ettlingen, 6. September 1921.
Rheinstr. 8.

Dr. med. Alice Leiter von der Reise zurück.

WURM-SCHOKOLADE „MEHO"
das sicher wirkende Mittel gegen **MADEN** und **SPULWÜRMER**
zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Amtliche Eilgut-Bestätterei
Werner & Gärtner
Telephonruf für An- und Abfuhr der Eilgüter **2980.**

Besuchs-Karten
in großer Auswahl und hübscher Ausführung liefert rasch und preiswert
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.
Ritterstr. 1. Tel. 297.

Tapeten.
Reichhaltigste Ausw., niederste Preise, Uebernahme v. Tapezierarb.
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel 2435 b. d. Hauptp.

Tanz-Lehrinstitut Braunagel
Nowack-Anlage 13.
Einzelunterr. jederz.
Anfang September Beginn neuer Kurse
modernster Tänze für Vorgeschrittene u. für Anfänger.
Gefl. Anmeld. jederz.

U.S. MAIL S.S. Co

Regelmäßige Abfahrten
BREMEN NEW-YORK
Vorzügliche Reisegelegenheit mit den **größten** zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America" u. a.
ab **deutschem Hafen**
Auskunft und Fahrscheine durch GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Karlsruhe: Norddeutscher Lloyd Agentur Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 22.
Am Rondellplatz.

Tapeten- und Linoleum-Haus
L. Grosbernd Amalienstraße Nr. 67
empfiehlt
aparte Tapeten-Neuheiten,
bes. für Schaufenster-Dec. geeignet.

KRAGEN-SCHORPP
wäscht u. bügelt in altbekannter Ausführung
Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Patentanwalt A. Ohnimus
Karlsruhe, Leopoldstr. 44. Tel. 2052.

In unserem Verlag erschien:
Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 in Baden
Bearbeitet im Badischen Statistischen Landesamt.
86 Seiten mit einer graphischen Darstellung des Stärkeverhältnisses der politischen Parteien.
In Umschlag geheftet Mk. 5.—.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie von der
C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung m. b. H.
Karlsruhe i. B., Ritterstraße 1.

Große Erfolge
weisen wir nach!
Alleinvertretung
zu vergeben für mehrfach geschützte
Neuheit in Reklame!
Auch für Nichtfachleute bei leichter Arbeit für lange Jahre. Haupt- auch Nebenverdienst. Weitgehendste Unterstützung. Die Vertretung für den Kreis Karlsruhe ist zu vergeben. Herren, die über 10000 verfügen, richten Offert. unter M 2024 an die Annoncen-Expedition
E. Rocklage, Osnabrück.

Waschkleider u. Blusen werden auf neu gewaschen **Färberei D. LASCH** **Telephon Nr. 1953.** Filialen in allen Stadtteilen

Die Liebe des jungen Stillfried.

Roman von **Hermann Wagner.**

(38) —— (Nachdruck verboten.)

Stillfried machte den Versuch, sich im Bett aufzurichten. „Aus Berlin —?" stammelte er.

Doktor Beutelschmied drückte ihn energisch in die Kissen zurück. „Nur liegen bleiben! Und Ruhe! Sonst schicke ich sie auch das zweitemal wieder fort!"

Stillfried gehorchte. „Wenn sie wieder kommt," stotterte er, „dann möchte ich bitten, daß — — —"

„Werden sehen. Jetzt Ruhe. Still liegen und schlafen. Am Abend bekommen Sie etwas zu essen. Bouillon und gekochten Schinken . . . Adjüs!"

Doktor Beutelschmied verschwand, und Stillfried war wieder allein. Eine unermeßliche Schwäche war in ihm, aber er spürte jetzt, daß sie etwas Süßes an sich hatte. Dies Süße hüllte ihn ein und machte ihn ganz trunken. So geriet er in einen Zustand, der zwischen Schlaf und Wachsein die Mitte hielt, der ein sanftes, schönes Träumen war. Und dem gab er sich mit den Gefühlen einer warmen, dankbaren Zufriedenheit hin.

Er träumte von Guste, und er tat das recht zusammenhanglos. Bald sah er sie als ein kleines Mädchen, mit dem er auf dem Sandhaufen in dem elterlichen Hof spielte, bald als schon halb Erwachsene, die seine Vertraute und seine Freundin war, bald als seine heimliche Braut, mit der er hinten im Garten stumme Zärtlichkeiten tauschte.

Die Schwüre fielen ihm ein, die er ihr geleistet hatte, und die Beteuerungen der ewigen Treue, die er dafür von ihr erhalten hatte. Und es ging ihm die gewaltsame Trennung durch den Kopf, die zwischen ihnen durch den unerbittlichen Zwang des gemeinen Lebens erfolgt war, und er mußte auch an jenen Doktor Moser denken, von dem Guste geschrieben hatte, daß er ein echter Mann sei . . .

Es dämmerte schon, aber Stillfried schlief noch. Da weckte ihn das Klappern von Tellern. Noch völlig erschlafft von dem vielen Zärtlichen, daß er geträumt hatte, hob er ein wenig den Kopf.

Wie, waren denn nicht zwei Personen im Zimmer? Das dort, — das war die Schwester. Aber dort, — dort am Fußende des Bettes, — das war doch — —

„Stillfried!" sagte ganz leise eine Stimme.

Stillfried erschrak bis in das Innerste seines Herzens hinein. Er wollte reden, konnte es aber nicht. Und so hob er nur in einem maßlos sehnsüchtigen Verlangen beide Hände.

Da sank der Körper eines jungen Mädchens an seinem Bett nieder. Zwei zärtliche Arme umfingen ihn. Und er spürte auf seinen trockenen Lippen seit langem wieder einen andächtigen Kuß . . .

*

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen. Und, was noch schöner ist, er findet immer Neugierige, die ihm zuhören.

Die Amans hielten im allgemeinen nicht viel vom Reisen. Waren sie aber einmal bis nach Heringsdorf oder bis nach Karlsbad gefahren, dann hatten sie von dem Abenteuerlichen und Seltsamen, das ihnen ein jedes Mal begegnet war, monatelang gezehrt.

Die Hamburger Reise des Herrn Siegfried Aman war besonders ergebnisreich gewesen. Gebrochen und zitternd hatte er sie angetreten, fürchtend, vielleicht schon zur Beerdigung seines Sohnes zu fahren, und stolz und gehoben war er zurückgekehrt, ein Vater, der plötzlich entdeckt hatte, daß er einen Helden zum Sohn hatte und somit ein Heldenvater war.

„Was in einem Menschen drin steckt," sagte er, „das zeigt sich erst, wenn er einmal in die Lage versetzt wird, zu handeln. Und da frage ich nur: wo ist in Berlin der Mann, der unerschrocken genug wäre, es mit einem Matthias Kampfmeyer aufzunehmen?"

Die ganze Familie Aman war versammelt und lauschte nicht ohne Herzklopfen dem Bericht, der von den kühnen Taten erzählte, die ihr Jüngster vollbracht hatte, — ihrer aller Stolz und Hoffnung!

„Ja, hat er es denn wirklich mit ihm aufgenommen?" fragte Tante Lene, indem sie innerlich ein Kreuz schlug.

„Er hat!"

„Wie denn?" fragte Tante Ottilie.

„Er hat ihn sogar herausgefordert!"

„Ah!" staunte Onkel Theodor.

„Ich glaube, da übertreibst du," sagte Tobias Tunke. „Er wird sich wohl nur geschämt haben, geradezu davonzulaufen."

„Ein Aman läuft nie davon," erklärte Herr Siegfried Aman, indem er sich selbstbewußt in die Brust warf. „Ich dächte, das hätte ich selbst bewiesen, — damals, als der eifersüchtige Rohling bei mir war!"

„Da ist wohl er davongelaufen?" höhnte Tobias Tunke.

„Das ist er. Ich habe ihm ganz energisch die Tür gewiesen. Und nur aus Wut darüber hat er dann versucht, mit Stillfried anzubinden. Uebel genug ist's ihm ja bekommen!"

„Ah! Hat ihn Stillfried vielleicht geworfen?"

„Nein," verkündete Herr Siegfried Aman mit Stolz, „aber ich habe ihn gesetzt. Ins Gefängnis nämlich. Dort hat er jetzt einige Wochen Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie man mit Menschen umgeht."

„Es muß wohl ein fürchterlicher Kampf gewesen sein?" fragte Tante Lene.

„Es war ein Kampf auf Leben und Tod," bestätigte Herr Siegfried Aman.

„Hat der Kampfmeyer auch was abbekommen?" fragte Onkel Theodor.

„Das will ich meinen. So billig hat es Stillfried nicht getan. Ich verrate euch nur soviel: die Wirtin, bei der Stillfried eingemietet war, hat mir eine Rechnung über mehr als zweihundert Mark für einen zertrümmerten eichenen Blumentisch präsentiert. Und diesen Blumentisch muß Stillfried bezahlen!"

„Warum?"

„Weil er ihn zerschlagen hat!"

„Zerschlagen —?"

„Ja, auf dem Schädel seines Gegners. Er bestand nur noch aus Trümmern."

„Wer?" fragte Tobias Tunke. „Kampfmeyers Schädel?"

„Nein, der Blumentisch."

„Da muß der Kerl aber einen harten Schädel haben," sagte Tobias Tunke. „Ich wünschte, Stillfrieds Nase wäre auch so hart gewesen . . ."

„Gott," entsetzte sich die ästhetische Tante Ottilie, „die Nase soll ja Stillfried glatt eingeschlagen worden sein! Wie wird er jetzt nur aussehen?"

„Gerade so etwas macht einen jungen Menschen immer interessant," meinte Onkel Theodor.

(Fortsetzung folgt.)